



## Ein Land, dreizehn Regierungen

**Der Staat Bosnien funktioniert nicht: Die ethnisch ausbalancierten Strukturen sind zu kompliziert – doch eine Reform trifft auf harten Widerstand**

Von Enver Robelli

**Zagreb** – Der Himmel über dem US-Bundesstaat Ohio war verhangen, als am 22. November 1995 auf der Militärbasis von Dayton die Zukunft Bosniens besiegelt wurde. An diesem Tag durften die Präsidenten von Bosnien, Serbien und Kroatien den unwirtlichen Ort wieder verlassen. Ganze 20 Tage hatten Alija Izetbegovic, Slobodan Milosevic und Franjo Tudjman zuvor in einer Art Verhandlungshaus verbracht – bis sie einem Friedensvertrag zustimmten, mit dem der dreieinhalbjährige Krieg in Bosnien zu Ende ging, ein Krieg, der nach neuesten Studien 100 000 Opfer gefordert hat. Gleich zu Beginn der Gespräche in Dayton hatten die Amerikaner eine Drohkulisse aufgebaut, die ihre Wirkung nicht verfehlte: Die Delegationen aus Sarajewo, Belgrad und Zagreb mussten ihre Mahlzeiten oft im Hangar – unter der Nase von Bombern – einnehmen. Milosevic löffelte seine Suppe sogar in unmittelbarer Nähe zu einer Rakete.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass nun über die Zukunft Bosniens erneut auf einer Militärbasis verhandelt wird. Die erste Runde der Gespräche mit Vertretern der führenden Parteien Bosniens-Herzegowinas war vor zwei Wo-

---

**Jede der drei Volksgruppen hat ein Vetorecht und kann Reformen blockieren.**

---

chen auf dem Militärstützpunkt der Euro-Friedenstruppe in Butmir unweit von Sarajewo ergebnislos zu Ende gegangen. Am Dienstag und Mittwoch wurden die Verhandlungen fortgesetzt, moderiert von Schwedens Außenminister Carl Bildt, EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn und dem US-Vizeaußenminister James Steinberg. Sie möchten die Nachkriegsverfassung des Balkanlandes ändern, weil sich Bosnien immer noch selbst blockiert.

Die Ursache dafür ist bekannt. Das Abkommen von Dayton hat den Krieg beendet, aber gleichzeitig die Teilung Bos-

niens in zwei Gebiete, sogenannte Entitäten, besiegelt: Die ausrüstungsmäßig überlegenen bosnischen Serben, die während des Krieges zwei Drittel des Landes erobert hatten, erhielten 49 Prozent des gesamten Territoriums für ihren Quasi-Staat, die Republika Srpska. Die Bosniaken (Muslime) und Kroaten bilden eine Föderation, bestehend aus zehn Kantonen. Formell sollte Bosnien ein vereinter Staat bleiben mit zentralen Institutionen. Deren Macht ist jedoch bis heute bestenfalls symbolisch.

Der Vertrag von Dayton schuf ein hochkompliziertes Staatsgebilde mit 13 Regierungen, 180 Ministern, drei Präsidenten und mehr als 700 Abgeordneten in verschiedenen Parlamenten – zu viel für ein armes, vom Krieg zerstörtes Land mit 4,5 Millionen Einwohnern. Zudem können die drei Volksgruppen mit ihrem Vetorecht jede Reform blockieren. Die Folgen sind katastrophal: Das Land verharrt in Lethargie, die Arbeitslosigkeit beträgt nun – 14 Jahre nach dem Krieg – 45 Prozent, die zu Titos Zeiten staatlich dominierte Industrie liegt in Trümmern. Gemäß einer Untersuchung des bosnischen Parlaments sind seit 1995 zwei Milliarden Euro Hilfgelder aus dem Ausland im Korruptionssumpf versickert.

In diesem Zustand kann Bosnien die Bedingungen für einen späteren EU-Beitritt nicht erfüllen. Das zeigte sich zuletzt im Frühjahr, als die bosnischen Serben mehrere Gesetze im gesamtstaatlichen Parlament blockierten, die für die Aufhebung der Visumpflicht für Reisen im Schengenraum zwingend gewesen wären. Nach massiver Kritik aus dem Westen wurden die Gesetze im Parlament verabschiedet. Dass die EU die bosnischen Bürger weiter von den Visa-Erleichterungen ausschließt, hat auch andere Gründe: Die Politiker aller Ethnien haben es versäumt, die Bedingungen für die Reisefreiheit zu erfüllen. Die Behörden haben erst jetzt mit der Ausgabe von biometrischen Ausweisen begonnen.

Um das Land voranzubringen, wollen die EU und die USA zunächst die aus je einem Vertreter der Serben, Bosniaken und Kroaten bestehende Staatspräsidenten-

schaft abschaffen. In Zukunft soll Bosnien einen Präsidenten mit zwei Stellvertretern erhalten, die von ihrem Vetorecht nur im Kriegsfall Gebrauch machen könnten. Die Nato hat Bosnien bereits gewarnt, dass ein Beitritt mit der dreiköpfigen Staatsspitze nicht möglich sei.

Außerdem sollen die Abstimmung im gesamtstaatlichen Parlament vereinfacht und einige Blockadememechanismen

---

**Vor allem die Serben lehnen eine Stärkung der Zentralregierung ab.**

---

beseitigt werden. Dagegen wehrt sich vor allem die Führung der bosnisch-serbischen Republik. Ihr Ministerpräsident Milorad Dodik erklärte in Butmir, die Reform sei für seine Volksgruppe unannehmbar. Dodik lehnt eine Übertragung der Kompetenzen an die Zentralbehörden in Sarajewo ab. Das neue Grundgesetz müsse das Recht auf Abspaltung der Entitäten beinhalten, fordert Dodik.

Um die bosnischen Streithähne für Änderungen zu gewinnen, lockt die EU mit einem Angebot: Sie will das Amt des internationalen „Aufpassers“, des Hohen Repräsentanten, in das eines EU-Sondergesandten umwandeln. Dieser soll weniger Kompetenzen haben. Der Hohe Repräsentant kann Gesetze außer Kraft setzen und Politiker entlassen. Vor allem Dodik hat großes Interesse daran, dass die Kontrolleure Bosnien bald verlassen. Er steht unter Korruptionsverdacht und wettet gegen die Präsenz der ausländischen Richter und Staatsanwälte.

Gefährlicher noch ist, dass Dodik den Völkermord von Srebrenica verharmlost. Auch deshalb appellieren nun drei ehemalige Hohe Repräsentanten – der Brite Paddy Ashdown, der Österreicher Wolfgang Petritsch und der Deutsche Christian Schwarz-Schilling – an die internationale Gemeinschaft, die Zügel in Bosnien noch nicht aus der Hand zu geben. Die Gespräche in Butmir wurden am Mittwoch wieder ohne Ergebnis vertagt. Nächste Woche soll es weitergehen.